

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/1056 –**

Berufsbildungsbericht 1999

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach,
Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1225 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/1056 –**

Berufsbildungsbericht 1999

A. Problem

1. Die Bundesregierung legt ihren jährlichen Bericht zur Lage der beruflichen Ausbildung und zu den von ihr vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Weiterbildungssituation vor.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch ein Sonderprogramm eine dauerhafte und ausreichende Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu fördern.

B. Lösung

1. Der Berufsbildungsbericht 1999 – Drucksache 14/1056 – wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

Ein Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss wird angenommen.

Mehrheit im Ausschuss

2. Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225 – wird abgelehnt.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/1056 – zur Kenntnis zu nehmen;

b) folgende EntschlieÙung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

A. Das duale Ausbildungssystem ist vor dem Hintergrund der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der großen Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern und den Anstrengungen von Betrieben, Sozialpartnern und Staat differenziert zu betrachten. Dieses belegt der Berufsbildungsbericht 1999. Der Bericht dokumentiert den Stand zum 30. September 1998. Die sich entwickelnden positiven Trends sind ein Erfolg der Betriebe und Unternehmen, aber auch von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kammern und der Bundesanstalt für Arbeit und deren Aktivitäten für mehr Ausbildungsplätze. Dies wird ausdrücklich gewürdigt.

Dennoch konnte auch 1998 keine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz erreicht werden. Hierbei bestanden regionale und berufsstrukturelle Ungleichgewichte. Deutliche Unterschiede bestehen immer noch zwischen der Situation in den neuen und in den alten Ländern. Dazu kommen die aufgrund der bekannten statistischen Erfassungsprobleme nicht registrierten Jugendlichen, die ebenfalls keinen Ausbildungsplatz haben.

Der Deutsche Bundestag begrüÙt die bereits im Dezember 1998 von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen, die zu dem sehr erfolgreichen „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche“ führten.

B. Die aktuellen Zahlen des Ausbildungsstellenmarkts belegen mit dem deutlichen Rückgang der noch nicht versorgten Jugendlichen erste Erfolge der neuen Politik. Dennoch sind immer noch mehr Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz als es der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete offene Stellen gibt. Diese Situation ist auch vor dem Hintergrund des sehr erfolgreichen Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu sehen. Es hat rund 25 000 jungen Leuten, die 1998 keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, bereits im Frühjahr den Beginn einer außerbetrieblichen Berufsausbildung ermöglicht. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Ausbildungsstellenmarkt 1999 in erheblichem Umfang von zusätzlichen „Altnachfragern“ entlastet ist. Andererseits sind positive Mobilisierungseffekte des Sofortprogramms dahingehend zu berücksichtigen, dass Jugendliche, die sich bis-

her von der Suche eines Ausbildungsplatzes zurückgezogen hatten, erneut als Bewerber auftreten. Ein Teil des jetzt festzustellenden Defizits ist also eine Objektivierung der realen Verhältnisse und deshalb im Interesse einer glaubwürdigen Analyse positiv zu beurteilen.

Es ist damit zu rechnen, dass durch die von den Arbeitgebern zugesagte Ausbildungsstellenerhöhung und die Ausbildungsvermittlungen im Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit erstmals seit Jahren der Zugang von Jugendlichen in „Warteschleifen“ bzw. Überbrückungsmaßnahmen deutlich reduziert werden kann. Jugendliche wollen arbeiten und sich qualifizieren, dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die Anstrengungen im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsangebots.

Für diejenigen, die bisher noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, werden die Beteiligten am Ausbildungskonsens sowie die Bundesanstalt für Arbeit aufgefordert, in den nächsten Wochen noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren, um die Zusage des Bündnisses einzulösen, „Jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet“.

Nur gemeinsame Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften und das Einhalten gegebener Zusagen können zum Erfolg führen. Neben den notwendigen Rahmenvereinbarungen im Bündnis für Arbeit ist vor allem die regionale Kooperations- und Handlungsfähigkeit gefragt. Die positiven Erfahrungen in den Regionen, in denen die Beteiligten konstruktiv und sachlich mit dem Ziel der Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze zusammenarbeiten, belegen dies eindeutig.

Die für Anfang Oktober von den Bündnispartnern geplante vor Ort getragene bundesweite „Nachvermittlungskaktion“ mit dem Ziel, allen Ende September bei den Arbeitsämtern noch als unvermittelt gemeldeten Jugendlichen ein möglichst wohnortnahes Ausbildungsverhältnis im gewünschten Berufsfeld anzubieten, wird unterstützt.

Die Entscheidung der Bundesregierung, das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit weiterzuführen, gibt zusätzliche Hoffnung, dass bis Ende des Jahres für alle ausbildungswilligen Jugendlichen ein konkretes, realistisches und angemessenes Angebot gemacht werden kann.

Ausdrücklich unterstützt der Deutsche Bundestag die im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vereinbarte Initiative zum Abbau des IT-Fachkräftemangels, wodurch in den nächsten drei Jahren 26 000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsverhältnisse in den neuen Berufen im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik geschaffen werden sollen.

II. Der Deutsche Bundestag beantragt:

- C. Der Deutsche Bundestag erwartet eine weitere Modernisierung des Berufsbildungssystems, um auf neue Herausforderungen mit adäquaten Lösungen antworten zu können. Für eine mittelfristige Modernisierungsstrategie, die dann auch mittelbar zu mehr Ausbildungsplätzen führen wird, gibt es keine Pauschallösungen. Von zentraler politischer Bedeutung sind aber die Kriterien für Modernisierung und eine Übereinstimmung in der Richtung.

Jedem Jugendlichen muss eine Ausbildung angeboten werden, denn ohne eine gute Erstausbildung ist der Einstieg ins Berufsleben kaum möglich und es fehlen die notwendigen Voraussetzungen, im Kontext lebensbegleitenden Lernens, von Weiterbildung und Zusatzqualifikationen sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten und so die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Partizipation an unserer Gesellschaft führen zu können.

Angesichts der zu erwartenden schnellen Veränderung in der Arbeitswelt der Zukunft müssen die Erstausbildungen neben einer breiten Grundausbildung auch gleichzeitig eine große Flexibilität und umfassende Verwertungsmöglichkeiten mit sich bringen. Fachkompetenz, Sozialkompetenz, Methodenkompetenz und die immer stärker notwendig werdende Medienkompetenz zeigen sehr deutlich, in welche Richtung die Modernisierung der Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsordnungen gehen müssen.

Für die weitere Modernisierung der beruflichen Bildung sind durchgreifende Reformen mit folgenden Prioritäten notwendig:

- bessere Vorbereitung der Schüler allgemeinbildender Schulen auf den Übergang in eine Berufsausbildung,
- Verstärkung der systematischen Aktivitäten zur Früherkennung des Qualifikationsbedarfs,
- rasche Modernisierung, Differenzierung und Flexibilisierung der Ausbildungsberufe,
- zügige Entwicklung neuer Berufe in wachsenden und innovativen Beschäftigungsfeldern,
- individuelle Differenzierung und Brücken in die Weiterbildung durch Zusatzqualifikationen,
- Sicherung und Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten in allen zukunftsfesten Tätigkeitsbereichen – auch mit dem Ziel, weitere betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit schlechteren Startchancen zu schaffen,
- Weiterentwicklung der Konzepte zur Förderung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und Senkung des Anteils der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss.

D. Die Politik des Dialogs und des konstruktiven Zusammenwirkens muss im Interesse der jungen Generation und im Interesse der Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg führen. Mit dem Bündnis für Arbeit und den bisher eingeleiteten Aktivitäten und Maßnahmen der Bundesregierung wie z.B. dem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit wird der richtige Weg beschritten.

2. den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225 – abzulehnen;

Berlin, den 6. Oktober 1999

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Jürgen W. Möllemann
Vorsitzender

Willi Brase
Berichterstatter

Dr.-Ing. Rainer Jork
Berichterstatter

Antje Hermenau
Berichterstatte^rin

Cornelia Pieper
Berichterstatte^rin

Angela Marquardt
Berichterstatte^rin

Bericht der Abgeordneten Willi Brase, Dr.-Ing. Rainer Jork, Antje Hermenau, Cornelia Pieper und Angela Marquardt

I. Überweisung

Der 14. Deutsche Bundestag hat in seiner 49. Sitzung am 30. Juni 1999 den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225 – und die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 1999“ – Drucksache 14/1056 – dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Bundesregierung legt pflichtgemäß dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über die Situation der beruflichen Bildung in Deutschland vor. Der Bericht enthält Daten und statistische Analysen sowie eine Beschreibung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen sowie zur Innovation und Erneuerung der Berufsausbildung, z. B. das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die Modernisierung der Berufsausbildung, die berufliche Weiterbildung, innovative Konzepte zur beruflichen Bildung von Frauen. Weiterhin enthält der Bericht eine Vorausschätzung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Jahre 1999.
2. Die Antragsteller erklären, dass sich das Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Hinblick auf die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von dauerhaften Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche als wenig effizient erwiesen habe. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, ein Sonderprogramm zur Förderung der betrieblichen Berufsausbildung und von Ausbildungsplätzen für junge Menschen aufzulegen. Dieses Programm soll mittelstandspolitische Maßnahmen, die Fortführung des Aktionsprogramms „Lehrstelleninitiative Ost“ und schulpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbildungsreife der Schüler umfassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung Berufsbildungsbericht 1999 – Drucksache 14/1056 – wurde vom Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 30. September 1999, vom Ausschuss für Wirtschaft und Technologie in seiner Sitzung am 29. September 1999, vom Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999, vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in

seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 und vom Ausschuss für Tourismus in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 zur Kenntnis genommen.

2. Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 30. September 1999 den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. dem federführenden Ausschuss empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 in seiner Sitzung am 29. September 1999 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS gefasst.

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung hat den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Ablehnung der Entschließung.

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 beraten. Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuss für Tourismus hat den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuss mehrheitlich Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zum Berufsbildungsbericht 1999 – Drucksache 14/1225 – im Zusammenhang mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 1999“ – Drucksache 14/1056 – und einem

Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit für junge Menschen“ – Drucksache 14/1011 –, der dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen wurde, in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 erstmalig und abschließend beraten. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachten einen Entschließungsantrag – Ausschussdrucksache 14/115 – zur Unterrichtung der Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 1999“ in die Ausschussberatung ein. Die Beratung im Ausschuss konzentrierte sich auf das „Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ sowie auf den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225 – und den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/1011.

Die Vertreter der Regierungsfractionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreichen den bisher bereits feststellbaren Erfolg des Sofortprogramms der Bundesregierung. Das Programm habe maßgeblich dazu beigetragen, dass der Verlauf der Jugendarbeitslosigkeit zum ersten Mal wieder positiv vom allgemeinen Verlauf der Arbeitslosigkeit abgewichen sei. Um das weiterhin bestehende Lehrstellendefizit zu verringern, müssten weitere Maßnahmen ergriffen werden. Dabei setze die Bundesregierung insbesondere auf Vereinbarungen im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, die zu einem stärkeren Engagement der privaten Wirtschaft, vor allem in den neuen Bundesländern, und zu einem Rückbau des staatlichen finanziellen und strukturellen Engagements führen sollten. Der Antrag der Fraktion der F.D.P. und der Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthalte Forderungen, die zumeist im Sofortprogramm der Bundesregierung bereits aufgegriffen wurden. Darüber hinaus berührten einige Forderungen der Oppositionsfractionen die Kultushoheit der Länder.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. betrachten das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als ein Notprogramm zur Minde-

rung der aktuellen Problemlage auf dem Lehrstellenmarkt. Im Übrigen habe die vorherige Bundesregierung die Grundlagen für die derzeit positive Entwicklung auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt für junge Menschen gelegt. Das Sofortprogramm würde die grundsätzlichen Probleme der beruflichen Ausbildung nicht lösen. Dafür sei beispielsweise eine strukturelle Reform der Ausbildung durch eine Modularisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung erforderlich, um Jugendlichen mit unterschiedlichen kognitiven und sozialen Qualifikationen gleichwertige Chancen auf dem Lehr- und Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Das Programm der Bundesregierung schaffe keine Arbeitsplätze nach der Ausbildung. Die bestmögliche Ausbildungspolitik sei eine gute Mittelstandspolitik. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Berufsbildungsbericht 1999 bleibe zu unkonkret und müsse deshalb abgelehnt werden.

Die Vertreterin der Fraktion der PDS betont, dass anstelle des Sonderprogramms besser die Umlagefinanzierung der Berufsausbildung zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze eingeführt werden solle.

Der Ausschuss empfiehlt dem Deutschen Bundestag

- einstimmig die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/1056 – zur Kenntnis zu nehmen;
- mit der Mehrheit der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ausschussdrucksache 14-115 – anzunehmen.
- mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1225 – abzulehnen;

Berlin, den 6. Oktober 1999

Willi Brase	Dr.-Ing. Rainer Jork	Antje Hermenau	Cornelia Pieper	Angela Marquardt
Berichterstatte	Berichterstatte	Berichterstatte	Berichterstatte	Berichterstatte